

## **Ex-Stadtrat Bernd Schimmler: „Völlig unverständlich“ Bezirk stellt Mieterberatung zum Jahresende ein**

MITTE/WEDDING. Zahlreiche Vermieter dürften sich die Hände reiben: Zum Jahresende läuft die Überprüfung von Betriebskostenabrechnungen und Mieterhöhungen von Seiten des Büros für stadtteilnahe Sozialplanung (BfsS) in der Müllerstraße aus. Der Bezirk, in dessen Auftrag das BfsS seit Jahren Miet-Unterlagen von Hartz IV- und Sozialhilfeempfängern kontrollierte, kündigte den Vertrag fristgemäß zum 31. Dezember. Dabei stellten die Berater oftmals unzutreffende Forderungen von Vermietern fest, die dann zurückgewiesen wurden.

„Völlig unverständlich und eine absolute Fehlentscheidung“ nennt der frühere Weddinger Baustadtrat Bernd Schimmler die Entscheidung. Der SPD-Politiker hatte 1999 die Mieterberatung für Leistungsempfänger eingeführt. Nach seiner Ansicht sprechen die Zahlen für sich: „Allein in den ersten drei Quartalen des Jahres 2007 konnten aufgrund der Prüfungen Nachzahlungen von Nebenkosten verhindert, oder abgesenkt werden - in einem Umfang von knapp 58 000 Euro. Hinzu kamen ungerechtfertigte Mieterhöhungen, die sich auf eine jährliche Ersparnis von rund 7,500 Euro summieren. Dieser Summe von ca. 65 000 Euro, die der Bezirkskasse einspart wurden, stehen die Kosten der Überprüfung von 32 000 Euro gegenüber.“

Auch Jutta Keseberg-Günükutlu, Geschäftsführerin des Büros, kann den Beschluss der zuständigen Sozialstadträtin Miriam Scheffler (Bündnis 90/Grüne) nicht nachvollziehen: „Die Kosten kommen doch - wie man sieht - allemal herein. Und der Beratungsbedarf ist enorm. Immer wieder wollen Job-Center und Sozialamt Schreiben überprüfen lassen, die die von ihnen betreuten Menschen von den Vermietern erhalten haben.“ Einmal wöchentlich vier Stunden beraten die BfsS-Mitarbeiter gemeinsam mit einer Rechtsanwältin die Betroffenen. Die Geschäftsführerin: „Bereits seit Anfang Oktober sind alle Termine bis zum Jahresende ausgebucht, das spricht doch für sich. Sozialamt und Job-Center seien über die Entlastung froh gewesen, denn das Mietrecht sei bekanntermaßen sehr kompliziert und ständig fielen neue Urteile, die nur noch die Experten zu deuten wüssten.“

Doch für den Bezirk, der finanziell in der Klemme steckt und der am 20. Dezember einen neuen Haushalt verabschieden muss, ist die Sache klar: Die Ausgaben für die Mieterberatung hat er zu tragen, während die damit erzielten Einsparungen dem Land zugute kommen. Ex-Stadtrat, Schimmler: "Das darf unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten kein Grund sein. Geschädigt werden alle Steuerzahler!"

Die zuständige Stadträtin, die nach Schimmlers Informationen noch im März die Fortsetzung der BfsS-Beratung in Aussicht gestellt hatte, scheint sich jetzt nicht mehr zur Sache äußern zu wollen: Seit Oktober blieb ein Brief der Berater an sie unbeantwortet - und auch auf zwei Anfragen dieser Zeitung reagierte sie bis Redaktionsschluss nicht.

NordBerliner vom 6.12.2007